Nicht Migration bereitet uns Probleme, sondern wie sie organisiert ist

ein Gastbeitrag von **Henning Höne MdL**,

Die CDU-geführte Bundesregierung unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es versäumt, eine geregelte Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchzusetzen. Dieses Defizit geht zu Lasten der Flüchtlinge und der Staaten - wir brauchen eine neue europäische Verteilung der Flüchtlinge.

Hätten Sie das gedacht: Das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) nimmt mit seinen 18 Millionen Einwohnern mehr Flüchtlinge aus der Ukraine auf als Frankreich mit 65 Millionen. Die CDU-geführten Bundesregierungen unter Kanzlerin Angela Merkel haben es jahrelang versäumt, eine geregelte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas durchzusetzen. Das ist eine Unterlassung historischen Ausmaßes.

Dieses Defizit geht zu Lasten der Flüchtlinge und der Staaten, die sie aufnehmen und versorgen. Im Kern müssen wir deshalb die europäische Verteilung regeln. Die Migrations- und Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa muss neu geordnet werden.

Einwanderung von Arbeitskräften stärker an unseren Interessen ausrichten

Aber beginnen wir von vorne: NRW ist seit vielen Jahrzehnten ein weltoffenes und vielfältiges Einwanderungsland. Generationen von Einwanderern haben einen wichtigen Beitrag geleistet, unser Bundesland aufzubauen und mitzugestalten. NRW wird auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen sein, um unseren Wohlstand zu sichern. Einwanderung darf aber nicht ungeordnet erfolgen. Die Einwanderung von Arbeitskräften müssen wir stärker an unseren Interessen ausrichten.

Wir benötigen Fachkräfte in vielen Branchen. Handwerk, Gastronomie und Gesundheitswesen werden ohne ausländische Arbeitskräfte ihr Leistungsangebot nicht mehr aufrechterhalten können. Wir müssen jedoch die Einwanderung von Arbeitskräften klar von humanitären Verpflichtungen unterscheiden. Schutzbedürftige nehmen wir auf und gewähren ihnen Asyl oder anderweitigen Schutz.

Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich die Situation bei der Flüchtlingsaufnahme auch in Nordrhein-Westfalen noch einmal verschärft. Wir wissen: Putin nutzt Flucht und Migration als Druckmittel. Die russische Armee greift ganz bewusst zivile Ziele an, um Menschen aus der Ukraine zu vertreiben. Das Kalkül des Kremls ist klar. Putin versucht, unsere europäischen Gesellschaften zu spalten, damit rechte, kremlfreundliche Parteien an die Regierung kommen. Das werden wir niemals akzeptieren! NRW hat im Jahr 2022 über 220.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Dies ist ein absolutes Gebot der Humanität und europäischen Solidarität.

Nicht die Migration bereitet uns Probleme, sondern wie sie organisiert ist!

Daneben steigen aber auch die Zahlen der Asylsuchenden weiter an. Die Migrations-bewegungen auf der Balkan- und Mittelmeer-Route haben wieder zugenommen. So wurden 2022 rund 50.000 Asylsuchende registriert, deren Hauptherkunftsländer sind Syrien, Afghanistan, Türkei, Irak und Iran. Die Schutzquote liegt in Nordrhein-Westfalen bei 65 Prozent. Die Zahlen der im Jahr 2022 insgesamt aufgenommenen Menschen liegen damit nicht nur über den Werten von 2015/2016. NRW hat als einzelnes Bundesland auch mehr Menschen aufgenommen als fast alle EU-Mitgliedstaaten und so viel wie Frankreich und die Niederlande zusammen. Nur Polen und Tschechien haben aufgrund ihrer Nähe zur Ukraine insgesamt mehr Menschen aufgenommen.

Bundespräsident Joachim Gauck hat vor einigen Jahren sehr treffend formuliert: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. Unser Asyl- und Flüchtlingsrecht bemisst sich

nicht nach Zahlen, und doch wissen wir unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn wir nicht genau wissen, wo die Grenzen liegen."
Abgeleitet bedeutet dies aus unserer Sicht: Nicht die Migration bereitet uns Probleme, sondern wie sie in Deutschland und Europa organisiert ist. Dadurch sinken Zustimmung und Sicherheitsgefühl innerhalb der Bevölkerung. Denn oft verhindert der Staat selbst, dass Menschen, die zu uns kommen, ihren Teil zur Gesellschaft beitragen. Andererseits setzt er bestehendes Recht nicht immer konsequent durch. Die offene Gesellschaft braucht jedoch die Durchsetzung klarer Regeln.

Erfolgreicher Zweiklang: Liberalität und Verbindlichkeit

Deswegen müssen wir zwei Ziele verfolgen: Einerseits bekennen wir uns zu einer Politik der Liberalität. Wir wollen mehr legale Einwanderung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir stehen fest an der Seite unserer Städte und Gemeinden, die gerade eine außerordentliche Herausforderung meistern. Wir werden bürgerschaftliches Engagement weiter fördern und stärken. Asylrecht und Flüchtlingsschutz setzen wir durch, zusammen mit unseren Freunden in Europa. Anderseits verlangen wir mehr Verbindlichkeit. Denn nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Und ein Europa ohne Binnengrenzen setzt für uns eine starke Außengrenze voraus.
Wir brauchen mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in unsere Sozialsysteme! Deshalb wollen wir legale Einwanderung für Arbeitskräfte ermöglichen und irreguläre Migration reduzieren. Gleichzeitig müssen wir die Komplexität unseres Systems reduzieren. Studien zufolge arbeiten hierzulande weniger als 20 Prozent der Ukraineflüchtlinge. In den Niederlanden, Polen und der Tschechischen Republik sind es teils über 60 Prozent. Zu viele Verwaltungsschritte führen dazu, dass unsere Behörden überlastet sind und die Arbeitsvermittlung für Ukrainer zu schleppend verläuft. Das können wir besser!

Kommunen unter Druck: Verteilung von Flüchtlingen optimieren

Wir brauchen einen neuen Verteilmechanismus. Dieser muss die Aufnahmefähigkeiten der Kommunen und die Bedürfnisse der geflüchteten Menschen verbinden. Eines der aktuell drängendsten Probleme ist die Unterbringung neu ankommender Flüchtlinge. In vielen Kommunen ist der Wohnungsmarkt angespannt. Wir müssen jetzt alle Instrumente aktivieren, um schnell zusätzliche reguläre Wohnungen zu schaffen. Die Städte und Gemeinden brauchen dabei Flexibilität und Rückendeckung von ihrer Landesregierung.
Die wiederum muss Puffer- und Reservekapazitäten schaffen, die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung entlasten. Es braucht bessere Planung und mehr Vorlauf vor der Verteilung. Die schwarz-grüne NRW-Landesregierung von Hendrik Wüst (CDU) schafft es trotz fortwährender Lippenbekenntnisse nicht, ausreichend Platzangebot in den Landeseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Rund 30.000 Plätze stehen aktuell auf der Haben-Seite, gebraucht werden 80.000.
Durch längere Unterbringung in den Landeseinrichtungen sollten vorrangig nur Personen mit Bleibeperspektive den Kommunen zugewiesen werden. Die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen und insbesondere von Straftätern und Gefährdern müssen wir weiter konsequent verfolgen. Die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) unterstützen kommunale Ausländerbehörden und koordinieren Rückführungen. Haushaltsmittel müssen dafür aufgestockt werden. Die Investition lohnt.

Weitere sichere Herkunftsländer festlegen

Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern sind beschleunigte Verfahren möglich: Neben den Westbalkan-Staaten sowie Ghana und Senegal sollen auch die Maghreb-Staaten, Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Hier müssen sich insbesondere die Grünen bewegen, die hier blockieren! Menschen, die eigentlich

keinen Schutz benötigen, suchen teilweise den Weg über das Asylsystem nach Deutschland, weil legale Einwanderungswege fehlen bzw. zu kompliziert sind. Initiativen des Bundes zur Entfristung und Erweiterung der Westbalkan-Regelung, zu Erleichterungen bei der Blue Card und für nicht-akademische Berufe und zur Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems weisen in die richtige Richtung.
Die irreguläre Migration reduzieren wir, indem wir mit Transit- und Herkunftsstaaten Migrationspartnerschaften schließen. Die Staaten verpflichten sich, geflüchtete Staatsangehörige ohne Bleiberecht in Europa wieder bei sich aufzunehmen. Dafür bieten wir Arbeitsvisa und Studienstipendien an, um reguläre Einwanderung möglich zu machen und zu unterstützen.

Druck auf Verweigerer-Staaten erhöhen – EU-Mittel kürzen?

Kommunen sind zentrale Akteure in der Flüchtlingsaufnahme und leisten einen enormen Beitrag in der Integrationspolitik. Trotz ihrer Erfahrung werden sie dort, wo die großen Beschlüsse zur Migrationspolitik getroffen werden, selten gehört. Die Expertise der Kommunen muss in Brüssel zentral gebündelt werden! Die EU braucht – als ein Raum ohne Binnengrenzen – einen starken Schutz der Außengrenzen. Wir setzen uns dafür ein, Frontex zu einer echten Grenzschutzagentur auszubauen und sein Personal auf 10.000 Beamte zu verzehnfachen.
Wer offene Grenzen innerhalb Europas möchte, muss die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen europäisch regeln. Passiert das nicht, muss Deutschland seinen Druck auf Verweigerer-Staaten erhöhen. Dazu gehört auch das Zurückhalten von EU-Geldern. Dieser Option würden laut einer repräsentativen Umfrage übrigens 79 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen zustimmen. Und 73 % würden sogar EU-Grenzschließungen befürworten, um den Verteilungsschlüssel zu erreichen. Das zeigt ganz deutlich: Es ist Zeit zu handeln! Wir müssen die Versäumnisse der Ära Merkel in der Migrations- und Integrationspolitik schnellstmöglich nachholen.
Hinweis der Redaktion: Insgesamt elf Forderungen hat die FDP-Landtagsfraktion in einem neuen Positionspapier zur Migrations- und Integrationspolitik zusammengefasst.
Zur Person:
Henning Höne ist Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion
und FDP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen.
Er ist studierter Betriebswirt.

Hinweise:
Der Beitrag erschien zunächst in FOCUS-online am 07.05.2023
Das diesem Gastbeitrag zugrunde liegende 11 Punke Programm „Liberalität und Verbindlichkeit“ der FDP-Landtagsfraktion siehe unten